

Hannover, den 5. 6. 1985

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

1. Abgeordneter
Schultze
(SPD)

Regulierung von Manöverschäden

Die in den letzten Jahren verstärkt durchgeführten Manöver — u. a. im Landkreis Holzminden — haben naturgemäß zu einer Häufung von Manöverschäden geführt.

Nach übereinstimmenden Berichten werden Manöverschäden, die von der Bundeswehr verursacht werden, sehr schnell aufgenommen und auch relativ schnell ausgeglichen. Schwierigkeiten gibt es aber regelmäßig, wenn Truppenteile der NATO Manöverschäden verursachen. Die Bürger empfinden es zum Teil als unerträglich, daß sie es dabei ständig mit unterschiedlichen Dienststellen und Personen zu tun haben.

Es wird vorgeschlagen, daß unter Federführung von Vertretern der Bundeswehr und deutscher Behörden diese Manöverschäden aufgenommen werden und die verursachenden NATO-Verbände dabei lediglich eine Mitberatung haben sollten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es richtig, daß die Manöverschäden von den jeweils beteiligten Truppenverbänden aufgenommen, festgestellt und anerkannt werden, oder wie läuft das Verfahren ab?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, daß es richtiger wäre, wenn die Bürger bzw. Kommunalvertretungen bei aufgetretenen Manöverschäden und ihrer späteren Regulierung es nur mit einer feststellenden Stelle zu tun hätten?
3. Welche Erleichterungen können unter Umständen für die von den Manöverschäden Betroffenen vorgeschlagen werden, und welche Initiativen hat die Landesregierung bisher in dieser Sache unternommen?

2. Abgeordneter
Silkenbeumer
(SPD)

Hohe Durchfallquote bei der Ärztlichen Vorprüfung vom Frühjahr 1985

Bei der ärztlichen Vorprüfung am 14. und 15. März 1985 sind bundesweit 42 Prozent der Medizinstudenten gescheitert. In Hannover sind sogar 80 Prozent der Prüflinge durchgefallen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Worauf führt sie die außerordentlich hohe Durchfallquote in Hannover zurück?
2. Wird sie sich für eine Korrektur des Prüfungswezens einsetzen?
3. Wenn ja, welche Vorstellungen bestehen?

3. Abgeordneter
Schmidt
(SPD)

Forschung (praxisorientiert) an Fachhochschulen (II); hier: Nichtbeantwortung der Kleinen Anfrage vom 31. 10. 1984 (Drs 10/3414)

Am 31. 10. 1984 ist von mir gemeinsam mit sechs weiteren Abgeordneten eine Anfrage gestellt worden, die sich ausführlich mit der praxisorientierten Forschung an Fachhochschulen und der damit verbundenen besonderen Chancen für den Technologietransfer und die Innovationsförderung befaßt.

Diese Anfrage ist bis heute nicht beantwortet worden.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Gründe liegen vor, die eine Beantwortung dieser Anfrage über mehr als sechs Monate hinweg nicht ermöglicht haben?
2. Empfindet die Landesregierung dieses Verfahren nicht auch als fehlerhaft gegenüber dem Parlament und zugleich als widersprüchlich im Hinblick auf die von ihr in den vergangenen Monaten immer wieder beschworenen Initiativen und Aktivitäten für eine Verbesserung des Technologietransfers und der Innovationsförderung?

4. Abgeordneter
Hoch
(SPD)

Wechselweiser Transport von flüssigen Nahrungs- und Genußmitteln sowie Chemikalien in denselben Straßentanklastwagen

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen Informationen zu, nach denen in Straßentanklastwagen wechselweise flüssige Nahrungs- und Genußmittel sowie Chemikalien transportiert werden?
2. Wenn ja, wie gedenkt die Landesregierung dies zu unterbinden?

5. Abgeordnete
Dr. Holtfort,
Silkenbeumer,
Schurreit,
Kreuzer,
Aller,
Schmidt,
Hoch,
Frau Heinlein
(SPD)

Umfang der beamtenrechtlichen Treuepflicht

Das Internationale Arbeitsamt (ILO) in Genf befaßt sich erneut mit der bundesrepublikanischen Praxis, Beamte zu entlassen, die bei politischen Wahlen für eine erlaubtermaßen am Verfassungsleben der Bundesrepublik teilnehmende, wenn auch entschieden oppositionelle Partei wie die DKP kandidiert haben. In früheren gleichartigen Verfahren vor der ILO ist eine Verurteilung der Bundesrepublik ausgeblieben, weil die Bundesregierung neue Verfahrensregeln angekündigt hatte, nach denen die Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen als Kriterien für die Beurteilung der Verfassungstreue ausgeschlossen werden sollten. Doch sind diese angekündigten Verfahrensregeln ausgeblieben. Die ILO hat für diese politische Überprüfungspraxis in der Bundesrepublik einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, bestehend aus Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern aus drei westeuropäischen Ländern. Dieser Untersuchungsausschuß hat dem Verwaltungsrat der ILO über 79 Fälle abschließend berichtet. Darunter befindet sich auch der des niedersächsischen Lehrers Karl-Otto Eckartsberg, der trotz unbestritten und anerkannt tadelstfreier Ausübung seines Dienstes auf Antrag der Bezirksregierung Hannover von der Disziplinarkammer in Hannover durch ein noch nicht rechtskräftiges Urteil aus dem Amt entfernt wurde, weil er im Kommunalwahlkampf für die DKP kandidiert hatte.

Der Abschlußbericht kommt zu dem Ergebnis, unter anderem in diesem Fall sei deutlich gegen das internationale Abkommen gegen berufliche Diskriminierung verstoßen worden, das die Bundesrepublik 1961 ratifiziert hat.

1. Wir fragen die Landesregierung, ob sie nunmehr bereit ist, die Disziplinarverfahren gegen Beamtinnen und Beamte abbrechen zu lassen, die ihre Pflichten aus dem Schulgesetz oder sonstigen beruflichen oder allgemeinen Gesetzen nicht verletzt, auch weder im Wahlkampf noch sonst Angriffe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unserer Verfassung geäußert haben und die nur deshalb disziplinarrechtlich verfolgt werden, weil sie im Einklang mit Wahlgesetzen und Wahlordnungen von ihrem passiven Wahlrecht Gebrauch machten und sich dabei für eine Partei engagierten, die weder verboten ist, noch — auch nach Meinung der Landesregierung — vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden soll?
2. Wenn nein: Warum nicht?

6. Abgeordneter
Bartels
(SPD)

**Erlaß der Verordnung über Anlagen zum Lagern,
Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe**

Am 7. April 1985 hat der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe erlassen. Die Ankündigung des Erlasses ist bereits Gegenstand einer Presseerklärung des ML vom 15. 8. 1984 gewesen.

In einer weiteren Presseerklärung vom 8. 5. 1985 hat Minister Glup erklärt, mit Erlaß der Verordnung sei ein weiterer entscheidender Schritt zum vorbeugenden Umweltschutz, insbesondere zum Schutz des Bodens und des Grundwassers, getan worden. Gerade die jüngst bekanntgewordenen Schadensfälle in diesem Bereich belegen nach Auffassung des Ministers die Notwendigkeit neuer strenger Vorschriften.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann ist im Wasserhaushaltsgesetz die Rechtsgrundlage für eine solche Verordnung geschaffen worden und in Kraft getreten?
2. Wann ist die Regelung in das Niedersächsische Landesrecht übernommen worden bzw. ab wann galt die Ermächtigungsgrundlage des Wasserhaushaltsgesetzes in Niedersachsen unmittelbar?
3. Wie erklärt die Landesregierung den Zeitraum zwischen Inkrafttreten der Ermächtigungsgrundlage und dem Erlaß der Verordnung insbesondere im Hinblick auf die vom zuständigen Minister anerkannte Notwendigkeit der Vorschrift?

7. Abgeordnete
Dr. Lippelt,
Dr. Rohloff
(Grüne)

Neue Aspekte zum Schlesiertreffen

Das Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Schlesien, „Der Schlesier“, hat in seiner jüngsten Ausgabe die Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker scharf kritisiert und dabei Hitler und das NS-Regime von der Alleinschuld am letzten Kriege freigesprochen: „Für die Kriegstreiber Roosevelt, Churchill und Co. gab es kein gefundeneres Fressen, ihre Völker gegen das wiedererstarkte Deutschland aufzuhetzen, als die schändliche Judenverfolgung im Dritten Reich.“

Daraufhin hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Rühe, die Beteiligung des Bundeskanzlers am Schlesiertreffen in Frage gestellt.

Nachdem die Fraktion der Grünen schon in der Begründung ihres Entschließungsantrags zum Schlesier-

treffen darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Wahl des Mottos im Zusammenhang gesehen werden muß mit einer Reihe von revanchistischen Äußerungen, und nachdem die Vorgänge im KV Goslar der CDU anschließend die fließenden Übergänge zwischen Revanchismus und neonazistischen Tendenzen verdeutlicht haben, fragen wir die Landesregierung:

1. Ist auch sie derselben Meinung wie Volker Rühle, daß ein solcher Artikel im offiziellen Organ der Landsmannschaft Schlesien den Besuch des Schlesiertreffens durch den Bundeskanzler erneut in Frage stellt?
2. Teilt sie die von uns vertretene Ansicht, daß Vorgänge wie die ursprüngliche Wahl des Mottos und jetzt dieser Artikel nicht isoliert gesehen werden dürfen?
3. Was für Konsequenzen wird Ministerpräsident Albrecht hinsichtlich seines Besuchs beim Schlesiertreffen aus diesen neuerlichen Äußerungen ziehen?

8. Abgeordnete
Frau Wettig-Danielmeier,
Bruns (Reinhausen)
(SPD)

Abgasreinigung des Universitäts-Heizwerkes Göttingen

Nach Veröffentlichungen in der Presse hat der von der Landesregierung beauftragte Gutachter Prof. Dr. Leithner einen Zwischenbericht über verschiedene Alternativen der Abgasreinigung des Universitäts-Heizwerkes Göttingen abgegeben.

Da die Landesregierung die Ergebnisse dieses Berichts bisher nicht veröffentlicht hat, müssen wir auf die Informationen der Göttinger Arbeitsgemeinschaft gegen das Waldsterben zurückgreifen. Danach hat Prof. Leithner fünf verschiedene Möglichkeiten mit folgendem Ergebnis geprüft:

1. Weiterhin Betrieb mit Schweröl, Einbau einer Entschwefelungsanlage und neuer, NO_x -armer Brennersysteme: SO_2 -Minderung: ca. 95 %; NO_x -Minderung: ca. 80 bis 90 %.
2. Weiterhin Betrieb mit Schweröl, Einbau einer Entschwefelungsanlage und neuer, NO_x -armer Brennersysteme: SO_2 -Minderung: ca. 95 %; NO_x -Minderung: ca. 80 bis 90 %.
3. Weiterhin Betrieb eines Kessels mit Schweröl und Einbau einer Entschwefelungsanlage; Umrüstung eines 2. Kessels auf Gas: SO_2 -Minderung: ca. 95 %; kaum Minderung der NO_x -Belastung.
4. Vollständige Umrüstung auf Gasbetrieb: SO_2 -Minderung: ca. 99 %; geringe Minderung der NO_x -Belastung.

5. Betrieb mit leichtem Heizöl (0,3 % Schwefelgehalt): SO₂-Minderung: ca. 83 %; kaum Minderung der NO_x-Belastung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Stimmen diese Angaben mit den Ergebnissen des Berichts von Prof. Leithner überein?
2. Sind auch die Kosten dieser fünf Möglichkeiten geprüft worden, und wie hoch liegen sie in den einzelnen Fällen?
3. Wann ist mit einer Entscheidung der Landesregierung in dieser Angelegenheit zu rechnen?

9. Abgeordneter
Kaiser
(SPD)

Verbesserte Arbeitsplatzchancen für Lehrer durch Fortbildung

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Junglehrer im Verband Bildung und Erziehung hat sich für ein Modell des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes ausgesprochen, das den ausgebildeten Lehrern durch Umschulung oder ein Zusatzstudium neue Arbeitsplatzchancen erschließen will. Entschließe sich ein ehemaliger Widerrufsbeamter zu einer Umschulung oder einem arbeitsmarktpolitisch sinnvollen Zusatzstudium, so bekommt er für die Dauer von höchstens zwei Jahren ein Unterhaltsdarlehen, das der Arbeitslosenhilfe entspricht, aber unabhängig von der Bedürftigkeit gewährt wird. Wird anschließend eine entsprechende Berufstätigkeit aufgenommen (diese Verpflichtung geht der Anwärter vorher ein), muß das Darlehen in zumutbaren Raten zurückgezahlt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie diesen Vorschlag zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für die Absolventen der Lehramtsstudiengänge?
2. Hält sie es für sinnvoll, statt dessen die Lehramtsstudiengänge so zu gestalten, daß sie sowohl für das Lehramt als auch für andere Tätigkeiten qualifizieren, und welche Vorstellungen hat sie im einzelnen?

10. Abgeordneter
Engels
(SPD)

Abstufung von Landesstraßen zu Kreisstraßen

Mit Schreiben vom 3. 11. 1981 an den Niedersächsischen Landkreistag hat der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr erklärt, das Land sei nicht bereit, bei Abstufung von Landesstraßen für deren Ausbau zusätzliche Mittel bereitzustellen oder vor der Abstufung den Ausbau vorzunehmen. Die Übernahme von Landesstraßen ist deshalb allgemein abgelehnt worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Landesstraßen sind aufgrund dieser Aktion abgestuft worden, und wie ist ihr derzeitiger Zustand?
2. Soll die Aktion unter den oben geschilderten Bedingungen fortgeführt werden?
3. Welchen Stellenwert hat der Ausbau von Landesstraßen — einschließlich des Baus von Radwegen — nach Auffassung der Landesregierung angesichts rückläufiger Mittelansätze nach der mittelfristigen Finanzplanung?

11. Abgeordnete
Dr. Riege,
Lüttge,
Radloff,
Graeber,
Silkenbeumer
(SPD)

Taschengeld an Heimbewohner

Sozialämter in Niedersachsen gehen dazu über, bei Heimleitungen die Höhe von Taschengeld-Ersparnissen bzw. -Rücklagen zu erfragen, um zu prüfen, ob das Taschengeld gegebenenfalls noch bedarfsgerecht oder „über vorhandenen Bedarf“ gezahlt wird. Dahinter stehen offenbar Kürzungsabsichten bei solchen Heimbewohnern, die ihr Taschengeld nicht sofort ausgeben oder ausgeben können.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was wird sie gegen die „Schnüffelei“ bei den das Taschengeld einzelner Heimbewohner verwalten den Heimverwaltungen tun?
2. Wie wird sie einen dem Bankgeheimnis entsprechenden Schutz solcher Taschengeld-„Konten“ durchsetzen?
3. Was wird sie tun, um solche Prüfungs- und Kürzungsabsichten zu unterbinden?

12. Abgeordnete
 Aller,
 Dr. Ahrens,
 Biel,
 Kaiser,
 Möhrmann,
 Wernstedt,
 Zempel
 (SPD)

Eliteförderung im Vorschulalter

Presseberichten zufolge soll im Herbst in Hannover ein Modellprojekt anlaufen, in dem „allseitig hochbegabte Kinder“, deren übermäßigem Wissensdurst und voraneilende intellektuelle Entwicklung weder von Eltern noch vom Kindergarten angemessen entsprochen werden kann und die von daher der Gefahr ausgesetzt sind, kognitive soziale und emotionale Anpassungsprobleme zu entwickeln oder ihre natürliche Lernlust und Kreativität zu verlieren, besonders gefördert werden sollen. Rund zehn hochbegabte Kinder der so beschriebenen Zielgruppe im Vorschulalter sollen nach Aussagen der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind in dem Modellprojekt beschult werden. Gefördert wird der Versuch durch das Bundeswissenschaftsministerium.

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt ist — ebenfalls nach Darstellungen in der Presse — u. a. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Niedersächsischen Kultusministerium kritisch beurteilt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse über das Projekt liegen ihr vor?
2. In welcher Form hat das zuständige Kultusministerium Einfluß auf Ziele, Planung, Organisation und Förderung der Eliteförderung im Vorschulalter genommen?
3. Welche Möglichkeiten bzw. Notwendigkeit sieht sie, den umstrittenen Versuch in Hannover zu kontrollieren, zu beeinflussen oder zu stoppen?

13. Abgeordnete
 Bartels,
 Scheibe
 (SPD)

Untersuchungen der Altlast Münchenhagen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Treffen Informationen zu, wonach Mitarbeiter der TU Harburg bei den Untersuchungen im Rahmen des Forschungsvorhabens „Sanierung der Altdeponie Münchenhagen“, das sich im Anfangsstadium befindet, bereits jetzt auf hochgiftige Substanzen gestoßen sind, die Gase freisetzen, die zu Gesundheitsgefährdungen der dort Tätigen führen können?
2. Ist das in der Altdeponie gelagerte Faßmaterial so brüchig, daß es bereits zu Vermischungen von Stoffen kommt, die eigentlich voneinander getrennt gelagert werden müßten?

14. Abgeordneter
Lindhorst
(CDU)

**Erhebung von Verwaltungsgebühren bei Ausnahme-
genehmigungen zur Einstellung von Auszubilden-
den**

Aufgrund der enormen Anstrengungen von Handwerk, Handel und Industrie ist es 1984 zu einem neuen Lehrstellenrekord gekommen. Dabei haben auch Betriebe, die bisher nicht die fachliche Eignung zur Ausbildung von Auszubildenden hatten, verstärkte Anstrengungen unternommen. Sie mußten einen Antrag gemäß § 76 Abs. 3 Berufsbildungsgesetz (BBiG) auf Zuerkennung dieser fachlichen Eignung stellen, um Auszubildende einstellen zu können. Für diesen Antrag wurden sie mit erheblichen Gebühren nach dem Verwaltungskostengesetz belegt. Die betroffenen Firmen betrachten diesen Vorgang als „Bestrafung“ für ihre Bereitschaft, einen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr dieser Tatbestand bekannt? Wenn ja, wie beurteilt sie ihn?
2. Welche Möglichkeiten sieht sie, hier Abhilfe zu schaffen?

15. Abgeordneter
Fruck
(Grüne)

Schutz des Rebhuhns

Einem Bericht der HAZ vom 3. 6. 1985 zufolge, hat sich die Situation der Rebhühner in Niedersachsen weiter verschlechtert:

„Die Landesjägerschaft teilte am Wochenende in Hannover mit, die Zählung in diesem Frühjahr habe ergeben, daß der Bestand zwischen Ems und Elbe im Vergleich zum vergangenen Jahr um 25 Prozent geschrumpft sei — von 41 328 Paaren auf 32 527 Paare.“

Jägerpräsident Detlev Freiherr von Sietencron machte die Landwirtschaft mitverantwortlich für diesen dramatischen Rückgang der Rebhühner:

„Er sagte, viele Ackerwildkräuter seien ausgerottet worden. Auch fehlten in vielen Revieren die für Rebhühnküken lebenswichtigen Insekten, weil chemische Pflanzenbehandlungsmittel auch auf die Randstreifen um die Ackerflächen gespritzt worden seien.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung nunmehr bereit, durch Verordnung die Jagdzeit auf Rebhühner landesweit — notfalls auf Bezirksregierungsebene — aufzuheben?

2. Wenn nein, wie viele Rebhühner müssen noch übrigbleiben, damit die Jagdzeit auf das Rebhuhn aufgehoben wird?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Jägerpräsidenten hinsichtlich der Mitverantwortlichkeit der Landwirtschaft am Rückgang der Rebhühner?

16. Abgeordneter
Rau
(FDP)

Ausweitung der Gewerbesteuer und Wegfall von Freibeträgen

Pressemeldungen zufolge hat der Finanzminister des Landes Niedersachsen, Dr. Burkhard Ritz, anlässlich einer Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft Lüneburg und Stade des Städtetages in Buxtehude Ausführungen zum Thema Gemeindefinanzen gemacht. Dabei soll der Minister nicht einer Abschaffung, sondern einer Umstrukturierung der Gewerbesteuer das Wort geredet haben. Nach Auffassung des Ministers zahlten aufgrund der Schaffung von gesetzlichen Freibeträgen immer mehr kleine Betriebe kaum noch Gewerbesteuer. Diese Betriebe müßten aber der Gemeinde als Steuerzahler wieder zur Verfügung stehen. Damit würde, so der Minister, das Steueraufkommen der Kommunen auf mehr Schultern verteilt. Auch Gemeinden ohne Großbetriebe verfügten dann wieder über ein ausreichendes Gewerbesteuer-aufkommen. Die entstehenden Mehrbelastungen für Kleinbetriebe und Freischaffende müßten nach Auffassung des Ministers z. B. durch eine Verringerung der Vermögenssteuer ausgeglichen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen die Zeitungsmeldungen der Tendenz nach zu, und wie konkret sind die Pläne auf Erweiterung der Gewerbesteuer und auf Abschaffung von Freibeträgen?
2. Trifft es nicht zu, daß viele Betriebe, die wegen der geringen Größe zur Zeit keine Gewerbesteuer bezahlen müssen, auch nicht über ein versteuerbares Vermögen verfügen, so daß eine Senkung der Vermögenssteuer auf sie keine Wirkung hätte und allein die vom Finanzminister empfohlene zusätzliche Belastung mit Gewerbesteuer bliebe?
3. Fühlt sich die Landesregierung nicht mehr an Überlegungen der eigenen Partei und der Koalitionspartner in Bonn gebunden, Vorbereitungen für die Abschaffung der Gewerbesteuer im Interesse der Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen mit dem Ausland und aus anderen vielen guten Gründen zu treffen?

17. Abgeordneter
Bertram
(SPD)

Verschmelzung der Preußenelektra und der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG

Die VEBA beabsichtigt, die Preußische Elektrizitäts AG (Preußenelektra) und die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) zu einem Unternehmen zu verschmelzen. Damit soll die Voraussetzung für eine spätere Eingliederung der mit der NWK zusammengefaßten Preußenelektra in den VEBA-Konzern geschaffen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Haben Vertreter der Landesregierung in den Gremien der beteiligten Unternehmen den beabsichtigten Umgliederungen des Konzerns zugestimmt, oder beabsichtigen sie, ihnen zuzustimmen?
2. Welche Auswirkungen wird diese Neuorganisation auf das Körperschaftsteueraufkommen des Landes Niedersachsen haben?
3. Welche Auswirkungen hat diese Umstrukturierung auf das Gewerbesteueraufkommen der Städte und Gemeinden, in denen Preag und NWK Betriebsstätten, insbesondere Kraftwerke, unterhalten, und welche Städte und Gemeinden sind ggf. in welchem Umfang hiervon betroffen?

18. Abgeordneter
Silkenbeumer
(SPD)

Förderung des kulturellen Lebens in der Landeshauptstadt

Einer Pressemitteilung der Niedersächsischen Landesregierung vom 12. April 1985 ist zu entnehmen, daß Ministerpräsident Albrecht und Wissenschaftsminister Cassens in Gesprächen mit Oberbürgermeister Schmalstieg und Oberstadtdirektor Lehmann-Grube Einigkeit erzielt haben, „neue Akzente für das Kulturleben in Hannover zu setzen“.

Folgende Projekte haben sich danach herauskristallisiert:

- 2. Bauabschnitt für das Sprengel-Museum,
- Verbesserung des Theaterangebots,
- Erweiterung der Ausstellungsmöglichkeiten in Herrenhausen,
- Zentrum für Kunst und Kultur der DDR.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welchen Betrag werden die Baukosten für diese Projekte zur Zeit geschätzt?

2. Wie stellt sich die Landesregierung die Finanzierung dieser Projekte durch die Landeshauptstadt vor, wenn durch Auflagen der Kommunalaufsicht im Haushalt 1985 ein Betrag von 60 Millionen DM ausgeglichen werden muß?

19. Abgeordneter
Engels
(SPD)

Aufbringen von Gülle in Wasserschutzgebieten

Der Ministerpräsident hat mir bei der Abgabe der Regierungserklärung zur Lage des Umweltschutzes in Niedersachsen am 10. Mai 1985 auf meinen Zwischenruf, daß in Wasserschutzgebieten auch Gülle auf die landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht werden dürfe, vorgeworfen, ich habe „keine Ahnung“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist das Aufbringen von Gülle nach den geltenden Gesetzen ordnungsgemäß betriebene Landwirtschaft?
2. Ist die ordnungsgemäß betriebene Landwirtschaft und insbesondere das Aufbringen von Gülle in Wasserschutzgebieten untersagt? Wenn ja, in welchen Zonen dieser Gebiete mit welchem Prozentanteil an den Wasserschutzgebieten insgesamt?
3. Hält sie es für erforderlich, in Wasserschutzgebieten auch hinsichtlich der ordnungsgemäß betriebenen Landwirtschaft Auflagen zu machen, die über die Beschränkungen außerhalb von Wasserschutzgebieten hinausgehen?